

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Thomae, Konstantin Kuhle, Benjamin Strasser, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/24369 –**

Kampf gegen Islamismus entschieden vorantreiben

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic, Dr. Konstantin von Notz, Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/24383 –**

Islamistischen Terror entschlossen bekämpfen – Null-Toleranz gegenüber Gefährdern

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der FDP ist der Auffassung, bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors müssten alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Hierbei habe jedoch die Anwendung bestehender Gesetze Vorrang vor einer Änderung der Rechtslage. Im Zusammenhang mit Strafverfolgung und Gefahrenabwehr müssten die Mittel des Ausländerrechts, einschließlich möglicher Abschiebungen, konsequenter als bisher ausgeschöpft werden.

Sie fordert die Bundesregierung insbesondere auf, im Zusammenwirken mit allen staatlichen Ebenen die Bemühungen im Kampf gegen den Islamismus in Deutschland nach Maßgabe des Antrags zu intensivieren.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hebt die Gefahr durch islamistisch motivierten Terrorismus in Deutschland und Europa hervor. Die Bedrohung der offenen vielfältigen Gesellschaft auch durch religiösen Extremismus, müsse konsequent bekämpft werden.

Sie fordert die Bundesregierung insbesondere auf, konsequent mit allen rechtstaatlichen Mitteln gegen islamistischen Terror vorzugehen und dabei die bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten noch entschlossener und konsequenter anzuwenden sowie die Sicherheitsarchitektur in Deutschland in Zusammenarbeit mit den Ländern zu reformieren.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24369 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24383 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme der Vorlagen.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 19/24369 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 19/24383 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Marian Wendt
Berichterstatter

Thomas Hitschler
Berichterstatter

Dr. Gottfried Curio
Berichterstatter

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marian Wendt, Thomas Hitschler, Dr. Gottfried Curio, Benjamin Strasser, Martina Renner und Dr. Irene Mihalic

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 19/24369** wurde in der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. November 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 19/24383** wurde in der 192. Sitzung des Deutschen Bundestages am 19. November 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 162. Sitzung am 23. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24383 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat in seiner 115. Sitzung am 16. Dezember 2020 einvernehmlich beschlossen, zu den Vorlagen eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Die öffentliche Anhörung, an der sich sieben Sachverständige beteiligt haben, hat der Ausschuss für Inneres und Heimat in seiner 146. Sitzung am 21. Juni 2021 durchgeführt. Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 146. Sitzung verwiesen (19/146).

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/24369 in seiner 150. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/24383 in seiner 150. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Berlin, den 23. Juni 2021

Marian Wendt
Berichterstatter

Thomas Hitschler
Berichterstatter

Dr. Gottfried Curio
Berichterstatter

Benjamin Strasser
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

